



## ZUR PERSON

## Neu im Vorstand



Bernd Becker

Bernd Becker (44) wurde vom Landesdelegiertentag als neuer Stellvertretender Landesvorsitzender gewählt. Nach dem ruhestandsbedingten Ausscheiden von Winfried Hartenberger soll er sich insbesondere um die Belange der Kriminalpolizei und um kriminalpolitische Fragen kümmern.

Beckers GdP-Arbeit fand Ende der 70-er Jahre in der JUNGEN GRUPPE der Kreisgruppe Altenkirchen ihren Anfang. Seither ist er im nördlichen RLP ohne Unterbrechung für unsere Gewerkschaft ak-

tiv, heute als Vorsitzender der Kreisgruppe Neuwied-Altenkirchen und im Bezirksgruppenvorstand. Seine Vorliebe für konzeptionelle Arbeit konnte Kollege Becker, der dienstlich bei der Kriminalinspektion in Betzdorf zu Hause ist, in den letzten Jahren im Fachausschuss Kriminalpolizei befriedigen.

In der Polizeidirektion Neuwied ist er Personalratsvorsitzender, im Gesamt- und Hauptpersonalrat ist er Mitglied.

„Ich will versuchen, die Arbeit der Fachausschüsse nach Kräften zu

unterstützen und freue mich auf einen regen Austausch zu Fragen der Fortentwicklung der rheinland-pfälzischen Polizei. Da bin ich für jede Kritik und jede Anregung dankbar. Keiner hat die Weisheit für sich gepachtet.“ So beschrieb Becker für die Redaktion DP sein Credo.

Die GdP habe mit dem Programm 2014 einen guten Grundstein gelegt. Jetzt gehe es an die Umsetzung.

## GdP-INITIATIVE

## Pistolen-Holster auf dem Prüfstand

Viele Kolleginnen und Kollegen sind seit langem unzufrieden mit ihrem Pistolenholster. Zwar hat sich der Dienstherr immer wieder um Verbesserungen bemüht, ein durchschlagender Erfolg blieb dennoch aus.

Allerdings muss man eingestehen, dass es DIE Lösung vermutlich nie geben wird. Die Anforderungen an das Holster sind ausgesprochen gegensätzlich: Auf der einen Seite soll das Holster sicher sein; die Pistole darf nicht herausfallen und sie soll nicht von anderen gezogen werden können. Auf der anderen Seite will der Kollege möglichst einfach und schnell die Pistole ziehen können, wenn Not am Mann oder an der Frau ist.

Die Frage, welches Holster das Bessere ist, wird zudem von den Nutzern sehr unterschiedlich beantwortet. Jede/r hat so seine eigene Philosophie, ob er stärker die Seite Sicherheit oder die der Schnelligkeit bevorzugt.

Äußerst unbeliebt sind die ‚Langholster‘. Sie werden durch die Jackentasche gesteckt und am Gürtel befestigt. Ergebnis: Man sieht

aus, wie Hembembel unterm Sofa. Will man mit den Armen nach oben, hängt man am Holster oder die ganze Apparatur biegt sich nach oben mit. Setzt man sich, hängt die Jacke auf halb Neun. Sitzt man im Auto, hängt das Holster auf der Mittelkonsole oder im Seitenfach. Geht man Fußstreife, schlackert das Ding am Bein, so dass man es nach John-Wayne-Art festbinden sollte.

Trägt man das Holster direkt am Gürtel, hat man schon mal viele Probleme gelöst – Zieht man allerdings eine Jacke drauf, hat man an der Seite eine ordentliche Beule. Und die Pistole ist im Notfall nicht gleich erreichbar. Allerdings ist sie bei Keilereien auch recht gut vor fremdem Zugriff geschützt.

Wie auch immer: Viele KollegInnen wollten es nicht beim Meckern lassen und sahen sich nach einer besseren Lösung für ihre Bedürfnisse um. Fündig wurde man u.a. bei der Polizei in Bayern, bei deren neuem Holster die Pistole ‚einrastet‘ und erst durch eine Kippbewegung frei wird. Also: Privatschatulle geplündert und Holster privat gekauft. Die Zufriedenheit

mit dem neuen Holster währte nicht allzu lange. Der erste Gang zum Schießtraining endete in Tränen. Der Schießtrainer lässt Übungen nur mit rheinland-pfälzisch-dienstlich-geliefertem Gerät zu. Die anstandslose Nutzung des Gerätes in Bayern beeindruckt unseren vorschriftkundigen Trainer nicht im Geringsten. Nun wollen wir hier nicht meckern, wenn sich ein Kollege an die Vorschrift hält.

Da muss man halt die Vorschrift ändern, dachte die GdP und griff das Problem in einem Gespräch mit Staatssekretär Karl-Peter Bruch auf. Bruch, ehemals selbst Wachtmeister bei S und K zeigte Verständnis und sagte eine Prüfung der Angelegenheit zu. Manfred Bublies, Technikreferent im Innenministerium wies die ZPT an, in Frage stehende Holster zu prüfen und sie zur Nutzung in RP zuzulassen.

Der tragische Tod unseres Kollegen in Bonn - Bad Godesberg, bei dem sich der Täter mit noch nicht geklärtem Ablauf in den Besitz der dienstlichen Pistole gebracht hatte, führte nun zu neuer Aktivität im ISM. Es wird geprüft, welche Hol-

ster die unterschiedlichsten Anforderungen am besten erfüllen, um eine dienstliche Beschaffung prüfen zu können.

Die GdP hat angeregt, nicht EINEN Typ an Holstern zu kaufen, sondern mehrere geeignete auszuwählen und den KollegInnen selbst die Wahl des für sie besten Holsters zu überlassen. Unsere KollegInnen vor Ort wissen am Besten, was sie brauchen!

### GdP und PSW im Internet:

<http://www.gdp-rp.de>

<http://www.psw-rp.de>

<http://www.psw-reisen.de>

eMail:

[gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de](mailto:gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de)  
[psw-rp@gdp-online.de](mailto:psw-rp@gdp-online.de)  
[psw-reisen-rp@gdp-online.de](mailto:psw-reisen-rp@gdp-online.de)



ZWEIGETEILTE LAUFBAHN

Zugang zum gehobenen Polizeidienst Stellen vom mittleren zum gehobenen Dienst übertragen werden. Nutzt die Aufstiegsquote aus dem Bewerberkreis zunächst Die PM, POM und PHM qualifizieren sich in dem 9monatigen Ausbildungsgang mit abschließender Prüfung für den Aufstieg in den gehobenen Polizeidienst. Seit Anfang der 90er Jahre wurden 3.876 Stellen aus dem mittleren Polizeidienst. Die Lehrtätigkeiten werden können. Dass dies nicht obligatorisch ist, zeigt das Beispiel in Berlin. Dort wird der Anteil der Absolventen ein Aufstiegsniveau erreichen, das dem Personalplan der Landesregierung entspricht. Folgerichtig wird ihre berufliche Perspektive begrenzt sichtbar angelegt. Es gibt verschiedene Studierendensuchen jetzt Arbeitsplätze beim BGS, dem BKA oder anderen Landespolizeidienst für die Bewährungsmöglichkeiten im gehobenen Einstellungsrate bei 330 – 340. Oder sitzen als Arbeitslose auf der Straße.

Nach den Berechnungen des ISM wäre damit gewährleistet, den tigen Personalstand von 9.014 auszubilden. Die GdP fordert, den zisten zu halten. Das bestreitet die GdP: Schon heute ist die Zahl der Aufstiegsausbildung (ASA) im Regelfall in der Planung unberücksichtigt blieben. Darüber hinaus können besonderer Aufstieg nach A 11 ermöglicht werden. Darüber hinaus fehlt eine Vorleistungstarke Polizistinnen und Polizisten bereits mit Vollendung des 37. Lebensjahres an dem Aufstiegsausbildung (ASA) werden die Pensionsabgänge weitersteigen. Der Personalersatz würde die bestehenden Kapazitäten sprengen. Es ist notwendig, dass die Landesregierung diesen nächsten Jahren dafür sorgen kann, dass die Ausbildungskapazitäten den tatsächlichen Aufstiegschancen entsprechen. Es ist notwendig, dass die Landesregierung diesen nächsten Jahren dafür sorgen kann, dass die Ausbildungskapazitäten den tatsächlichen Aufstiegschancen entsprechen.

GdP. Wir gestalten Zukunft. Polizei 2014. Auszüge aus dem GdP-Programm Sachgerechte Bewertung und Zweigeteilte Laufbahn Rheinland-Pfalz will seine Polizistinnen und Polizisten aufbauen und für ihre Leistungen bezahlen. Diese Ziele sind in Form der zweigeteilten Laufbahn im Landesbeamtengesetz und der Laufbahnverordnung für die Polizei festgelegt. Berufsanfänger deshalb für den gehobenen Dienst eingestellt und erwerben über das Studium an der FH der Polizei die Grundlagen für den Polizeiberuf. Mittleren Polizeidienstes erhalten in den nächsten Jahren die Möglichkeit, sich auf dieses Ausbildungsniveau nachzuqualifizieren oder unter Anerkennung ihrer Berufserfahrung und guten Leistung im Lebensjahr realisiert sein, für den Wege des Bewährungsaufstieges in den gehobenen Polizeidienst aufzusteigen. Die zweigeteilte Laufbahn will die GdP bis spätestens 2008 abgeschlossen sehen. Die Planungen für die Ausbildung für den Polizeidienst sind auf dieses Aufstiegslehrgang ist die Ziel abzustellen. Soweit dies erforderlich ist, kann der Abschluss der Maßnahme durch eine gesetzliche Überleitungsregelung gesichert werden. Die GdP setzt sich dafür ein, dass mit einem Personalstrukturkonzept die Rahmenbedingungen für die weiteren beruflichen Perspektiven transparent gemacht und nachvollziehbare Beförderungsverläufe verbindlich vorgegeben werden. Fehlende und unklare Entwicklungsperspektiven widersprechen einem modernen Personalmanagement.

# Aus dem HPRP

Mehrere Kollegen hatten sichler und Heidrich erläuterten die ISM mochte diesem Vorschlag nicht Ausführlich diskutierte der beim HPRP über die kleine Schriftverfahrensweise im Zusammenspiel folgen. Den Bedenken des HPRP mit Herrn Jürgen Scholz über in der „Handversion“ des zwischen LPS und den Präsidi folgte das ISM dennoch: Die Prak- die Abfrage / Ausschreibung der Tatbestandskatalogs OWi be- Herr Täffler sagte zu, das Verfahren tiktanten werden ihren Dienst in zi- künftigen Führungsmodule Die klagt. Das ISM weist darauf hin, dass die Schriftgröße nicht verän- dert worden sei; allerdings sei die Lesbarkeit tatsächlich verbesserungswürdig. Der Katalog befindet sich als pdf-Datei im Intranet. Häufig genutzte Seiten könnten so ausgedruckt werden. Bei einer Neuauflage des Katalogs „wird auf jeden Fall auf eine bessere Lesbarkeit geachtet werden“, so das ISM.

Auf Anregung des HPRP starte- te das ISM eine Umfrage bei den Präsidi und Einrichtungen zu „rechtlichen und tatsächlichen, insbesondere verfahrensbezogenen Erkenntnissen“ zum Beurteilungsverfahren. Die Be- hörden werden um Vorschläge „zur Reduzierung des vielfach beklagten auf weitere Verkürzungs- und vil verrichten.

erheblichen Verfahrensaufwandes Optimierungsmöglichkeiten zu prä- Zugestimmt hat der HPRP dengen wurden deutlich diskutiert. Das zu unterbreiten“. Der HPRP star- fen. Der HPRP stimmte der Vorlage Verdingungsunterlagen für die Be- ISM wird die Vorlage auf der Grund- tete parallel dazu eine Umfrage beunter diesem Aspekt der Vorlage zuschaffung ziviler Funkwagen. Der lage der Diskussion überarbeiten und Personalräten.

Der HPRP hatte angeregt, die Ausschreibung ging eine sehr breite das formelle Mitbestimmungs- Erneut diskutiert wurde im Praktikanten der FH im Einzel- Beteiligung der Anwender durch die vierverfahren einleiten. HPRP der Zustimmungsantrag für dienst mit Schusswaffen auszustat ZPT voraus. Zwar war die die künftige Durchführung des Aus- ten, nachdem die Ausbildungs-Rücklaufquote geringer als bei der Dieter Kronauer (Arbeiter), wahlverfahrens für die Einstel- konzeption die theoretischen und Umfrage zu den Streifenwagen, Annemarie Grindel (Angestellte), lung in den Polizeidienst. Frau praktischen Grundlagen vor dem trotzdem wurde die Aktion von den Ernst Scharbach (Beamte) Lorenz und die Herren Täffler, Kel- Praktikum verknüpft hatte. Das Anwendern ausdrücklich gelobt.

## HÖHERER DIENST

# Mehr Räte braucht die Republik

Insgesamt 159 Dozentenkollegen in Mayen ver- grundsätzlich niemand unmittelbar sollte künftig ihre Fortsetzung fin- PolizeibeamtInnen der rhein- gleichen. In Mayen ist es selbstver- nach der F III in der Fachhochschu- den. Wegen der besonderen Verant- land-pfälzischen Polizei sind im ständlich, dass die Dozenten nach- te festbeißen sollte, sondern dass der ortung in den Einrichtungen Be- höheren Dienst. Dies entspricht A 15 bezahlt werden. Die Gewerk- personelle Austausch zwischen reitschaftspolizei und Fachhoch- einem Anteil von ca. 1,7 %. Die schaft der Polizei weist auf die zu- Theorie und Praxis (entgegen ande- schule sollten auch deren Leiter in GdP fordert, diesen Anteil sätzlichen Belastungen hin, die die en FH) viele Vorteile bietet. Im die B 3 eingestuft werden. Schritt für Schritt auf 2 % anzu- Dozenten auf dem Hahn engagier Einzeldienst verweisen viele Kolle- Die GdP hat bereits in der Sit- heben und damit der Entwick- und zuverlässig auf sich nehmen gen auf die besonderen Belastunge zung des Hauptpersonalrates mit lung bei der zweigeteilten Lauf- Die FH wurde zunehmend zum die die Führung von Kriminal- und Innenminister Walter Zuber ange- Der Blick richtet sich jedoch Bahn anzupassen. Beratungsorgan in Fachfragen für Polizeiinspektionen mit sich brin- regt, auch für die KollegInnen des das Innenministerium. Große Aner- gen, ohne dass diese wichtige Arhö- höheren Dienstes eine Personal- nicht nur auf die Anzahl: Auch in kenning finden auch die Fort- beit an und mit der Basis auch fi- förderungskonzeption zu entwi- der Besoldung sind Weiter- bildungen, die oft in internationalen nanziell anerkannt würde. ckeln, die den Grundzügen der entwicklungen notwendig. Der Fach- Zusammenhängen organisiert und Der Einstieg in die Besoldung ei- Dienstvereinbarung im PP Mainz bereich Polizei der Fachhochschul durchgeführt werden. nes Inspektionsleiters nach A 15 entspricht. Minister Zuber teilte für öffentliche Verwaltung kann sich Innerhalb der Polizei herrscht konnte am 18. Mai 2002 erstmalig mit, dass entsprechende Arbeiten im zu Recht unmittelbar mit ihren weitgehend Akzeptanz, dass sich erreicht werden. Diese Alternative Gänge seien.

# Grünes Licht für Pilotprojekt

Die GdP hat es schon vermeldet: Das sogenannte Angestelltenprogramm zur Besetzung von 75 Stellen im Tarifbereich der Polizei ist nicht von den „Bewirtschaftungsmaßnahmen“ der Landesregierung betroffen. Landesweit laufen die Stellenbesetzungen auf Hochtouren.

Das gilt auch für ein ganz besonderes „Leckerchen“ bei der Koblenzer Verkehrsdirektion. Mit 7 Einstellungsmöglichkeiten, die dem Polizeipräsidium Koblenz über die normale Verteilung der Stellen hinaus zugewiesen wurden, soll sich ein deutlicher Wandel im Personaleinsatz bei Verkehrsüberwachungsmaßnahmen vollziehen. Die Rede ist von einem Pilotprojekt mit der Bezeichnung „Angestellte zur Entlastung des Polizeidienstes im Bereich der Verkehrssicherheit“. Die landesweiten Folgen sind absehbar.

Nachdem aus dem ISM sehr zügig das OK für das Projekt kam, wurde ausgeschrieben – mit sehr guter Resonanz. Bei Redaktionsabschluss lagen ca. 40 Bewerbungen vor. Behörde und Personalrat haben

dabei darauf geachtet, dass „eigene Kräfte“ ihre Chancen wahren konnten. Mittlerweile dürften die ersten Stellenbesetzungen vollzogen sein.

Gesucht wurden 6 Angestellte, die im Bereich der Geschwindigkeits- und Abstandsmessung eingesetzt werden sollen. Ihre Tätigkeiten wird unter anderem mit „Mitwirkung beim Aufbau der Kontrollstellen, Durchführung von Messvorgängen, Berichtswesen und Statistik“ beschrieben. Voraussetzungen für die in BAT VII / BAT V/b bewerteten Stellen sind unter anderem der Führerschein Klasse C (alt: 2), Kenntnis einschlägiger Normen, fototechnische Grundkenntnisse und EDV-Kenntnisse. Darüber hinaus soll der Schwerwaffeneinsatz bei der in Koblenz in Zukunft von einem oder mehreren Angestellten mit handwerklicher Vorbildung aus dem Kfz-Bereich verstärkt werden. Weitere Voraussetzung ist der Führerschein Klasse C (alt: 2). Gemeinsam ist allen Tätigkeiten im versetzten Tagesdienst und auch außerhalb der regulären Arbeitszeit zu arbeiten. Das Projekt selbst und die Auswahl der größten Verkehrsdirektionen

im Land wird von der GdP ausdrücklich begrüßt und unterstützt, dazu ist auch der Besuch der Koblenzer VD 1 angesichts der Größe der Behörde und der Masse der Aufgaben eine vergleichsweise schwache Personalausstattung hat. Die Schnelligkeit,

Aufgabenwahrnehmung weiter qualifiziert werden, dazu ist auch der Besuch von externen Lehrgängen geplant. Insgesamt sollen die Mess- und Kontrollzeiten durch die Maßnahmen gesteigert werden. Im Bereich der Schwerverkehrkontrolle wird erwartet, dass der Einsatz eines Angestellten mit kfz-technischer Ausbildung durch das Einbringen von technischem knowhow zu einer weiteren Qualitätsverbesserung führt. In der dritten Phase soll die Auswertung des Projektes auch die Frage klären, ob weitere Tätigkeitsfelder in der Verkehrsüberwachung für Angestellte geöffnet werden können. Nach Auskunft aus dem ISM ist das Pilotprojekt ausdrücklich darauf ausgelegt, das in der Verkehrsüberwachung eingesetzte Spezialpersonal zu verstärken, keinesfalls zu ersetzen.

Die GdP wird die Entwicklung weiterhin aufmerksam begleiten und sich bei positiver Entwicklung nachdrücklich für eine zügige Übernahme in den anderen Präsidien einsetzen.

Foto: Hahmann

Anzeige

Neues Auto?

Günstige Konditionen  
beim

Polizeisozialwerk  
Rheinland-Pfalz GmbH  
06131 - 9600920

## GEFAHRENABWEHR

# Handy-Ortung

Per Gesetz will das Innenministerium anhängig, in dem ein Funkstellenbestimmung zur Feststellung des Aufenthaltsortes einer Person durch den Netzbetreiber angeordnet. Geplant ist die Änderung des POG des Amtsgerichtes Trier vom 22.8.2001 erhoben hat. Das Gericht hatte gemäß §§ 21 Abs. 1, 25 b PolOrdnungsgesetz (POG) die Durchführung einer

Standortfeststellung zum Zweck der Gefahrenabwehr zu erlassen. Eine entsprechende Erweiterung des POG sei beabsichtigt. Das ISM hat Ende Juni 2002 auf Anfrage von MdL Marlies Kohnle (CDU) dem Parlament mitgeteilt, man sehe im Interesse der

TECHNIK

# Neuer Hubschrauber übergeben

DATENSICHERHEIT

# Zugriff auf kommunale Daten

Bezug nehmend auf Pressedaten zur Erfüllung ihrer Aufgaben berichterstattungen aus Hessen erforderlichen Daten gesperrt werbat MdL Carsten Pörksen in einerden wird.“

Kleinen Anfrage Auskunft von der Die Daten würden beim Daten-Landesregierung, ob auch in Rheinund Informationszentrum (DIZ) land-Pfalz eine ähnliche Konflikt- gespeichert, die Kosten ganz überlage zwischen Polizei und Kommu-wiegend vom Land getragen. Die nen zu erwarten sei. Träger der Meldebehörden müssen

Innenminister Walter Zuber ver- nur einen Betrag von 127,82 € pro sicherte, „dass auch in Zukunft we-Monat entrichten. Aus diesem der der Polizei noch anderen abrufGrund sei eine ähnliche Debatte wie berechtigten Stellen der Zugang zün Hessen nicht zu erwarten.

## START UP MIT DER G

Die PHuSt verfügt über einen neuen Hubschrauber Eurocopter EC 135. Die Staffel wurde 1973 gegründet und hat sich seither bei ein Vielzahl von Einsätzen bestens bewährt. Die Kollegen werden häufig bei Fahndungen, der Suche nach Vermissten und Großeinsätzen eingebunden. Die Staffel ist stolz, dass seit ihrer Gründung noch kein erster Zwischenfall auftrat.

## VERSETZUNGEN

# JUNGE GRUPPE greift Problem erneut auf

Keine Ruhe gibt die JUNGE ten nun viele eine weitere VerGRUPPE beim Thema Versetzun-schlechterung durch die Neueingen: Die Kolleginnen und Kollegen stellungen in den Präsidien. Um eine im Rheingraben haben allergrößteneue Initiative in Richtung Politik Sorge, dass sich ihre Versetzungszu begründen sucht die JUNGE möglichkeiten nach Trier und in die GRUPPE den Kontakt mit den BeWestpfalz immer weiter verschlech-troffenen: In einer Umfrageaktion tern. Nach der Einführung der sollen u.a. Zahl, Geschlecht, Alter Frauenquote im Versetzungs-und Versetzungswunsch erhoben geschehen, dass gegen den Widewerden. stand aller Personalräte vom ISM durchgesetzt worden war, befürch-

„Nochmal so richtig abfeiern, dann geht's an die Arbeit.“ Mit einer Super-Party begrüßte die GdP die neuen Studierenden an der FH der Polizei auf dem Hahn.

## PSW-Gruppenreisen Vorschau für 2003

- 13.04.03 – 17.04.03 „Eisland der Wikinger“  
- Reykjavik:  
Feuer und Eis -
- 29.04.03 – 06.05.03 „Land der Beduinen“  
- Jordanien: Petra und  
Totes Meer-
- 19.06.03 – 05.07.03 „Bike West 2003“  
- Motorradrundreise West-  
Kanada und Nordwest USA
- 19.07.03 – 22.07.03 „Alles Walzer“  
- Wien: Schmääh und Schmarr'n -
- 22.10.03 – 29.10.03 „Insel im Lichtermeer“  
- Sizilien –

Gerne senden wir Ihnen die genauen Reiseverläufe zu!

Info unter 06131-96009-23/-24 und e-mail

# 3. Boule-Turnier

# Kurzmeldungen

Die Kreisgruppe PD Mayen Übernachtung gedacht ist, wird Neuer Ärger bei deüberstun- Pauschale auf 27.300 EUR.  
wird am Samstag, auch hierfür gesorgt werden. Für den: Per Bundesgesetz beträgt die

14. September 2002

ihre drittes Boule-Turnier ausrichten. look zur Verfügung. Dazwischen liegender Überstunden- DGB und GdP fordern in Eck-  
Das Turnier wird auf dem Boule- Es wird nach dem „Schweizerabbau wird von dem Konto punkten zur Bundestagswahl, dass  
Platz in Monreal ausgetragen. Das System“ gespielt und zwar als bezahlungsfähiger Mehrarbeit abge- die Beamtinnen und Beamten in  
malerische Eifelörtchen (Landes-„Doublette“, d. h. 2 Spieler à 3 schrieben. So wird weniger ausge- Zukunft in vollem Umfang von den  
sieger 1999 im Wettbewerb „Unser Kugeln in einem Team. Die Einla- zahlt, aber der Berg nicht abgebaut- Tarifabschlüssen im öffentlichen  
Dorf soll schöner werden“) bietet dung richtet sich an die Mitglieder ter Mehrarbeit wird wachsen. Die Dienst profitieren sollen Gehalts-  
die entsprechende Kulisse für alle der Kreis- und Bezirksgruppe, de- GdP fordert vom ISM ein Konzept verbesserungemüssen zeitgleich  
Freunde des französischen Volksren Familien und ausdrücklich auch für Überstundenstau und Personal und in der Höhe des Abschlusses  
sports. an Anfänger, da es leicht zu erlernen aufstockung. Jedes Jahr produziert identisch für alle Beschäftigungs-  
Interessierte Kreisgruppen, Kol- ist und trotzdem Spaß macht die Landespolizei zwischen 800.000 Gruppen bei Bund, Ländern und  
leginnen und Kollegen, werden um (Spielkugeln für Anfänger können bis 1.300.000 Überstunden. Im Jahr Gemeinden umgesetzt werden.  
Vorankmeldung bis zum 09. Septem- gestellt werden). 2001 fielen auf die Polizistinnen und  
ber 2002 gebeten. Je nach Für gute Verpflegung und schö- Polizisten im Wechselschichtdienst  
Teilnehmerzahl wird das Turnier ne Preise wird gesorgt sein. im Durchschnitt 83,7 Stunden pro  
von 09.30 Uhr bis zum (späten) Person. Im Jahr davor 74,6 Stunden  
Nachmittag andauern. Falls an eine und 1999 72,7 Stunden.

Anzeige

## GdP-INFO

Sie haben Fragen zur Versorgungs-  
änderung für Beamte und Tarif-Beschäftig-  
te und zu Versicherungen?  
Wir haben jeden  
Dienstag und Donnerstag  
von 10.00 – 13.00 Uhr  
unsere Hotline für Sie geschaltet.  
Rufen Sie einfach an.  
Tel.-Nr. 06131 - 9600950

**Urlaubsreif?**  
Günstiger verreisen mit  
PSW-Reisen  
Rheinland-Pfalz GmbH  
06131 - 9600923

Die Polizei bekommt von der  
Vermessungs- und Kataster-  
verwaltung alle geforderten  
Geodaten als Grundlage für das ge-  
ografische polizeiliche  
I n f o r m a t i o n s s y s t e m  
(GEOPOLIS). Für die Grund-  
ausstattung und die Aktualisierung  
zahlt sie pauschal 45.496 EUR.  
Nach 10 Jahren sinkt die jährliche

## STERBEFÄLLE

Hermann Backes, PP/PD Koblenz, 88 Jahre  
Beate Kipping, PD Neuwied/Altenkirchen, 87 Jahre  
Ewald Martin, Ww/Rhein-Lahn, 80 Jahre  
Georg Johann, Vorderpfalz, 79 Jahre  
Christel Kohr, PD Mayen, 91 Jahre  
Katharina Engel, PD Mayen, 89 Jahre  
Otto Schwarz, PD Kaiserslautern, 86 Jahre  
Robert Sandner, PD Neustadt, 79 Jahre  
Rudi Glaser, Vorderpfalz, 37 Jahre  
Martha Behner, Witwe von Günter Behner PD Neuwied/Altenkirchen,  
88 Jahre  
Johanna Raschke, Witwe von Ernst Raschke Vorderpfalz, 89 Jahre  
Gerd Hawig, PP/PD Koblenz, 57 Jahre  
Franziska Reiser, Witwe von Herbert Reiser, Wasserschutzpolizei,  
88 Jahre  
Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken  
bewahren.

## RUHESTANDSVERSETZUNGEN

- Walter Knon, Bepo Enkenb./Alsenborn, Jan. 02
- Jürgen Bollinger, Vorderpfalz, März 02
- Hans Peter Meyer, PD Kaiserslautern, April 02
- Hans-Georg Zott, PD Kaiserslautern, Juni 02
- Karl-Heinz Schneider, PD Kaiserslautern, Juni 02
- Walter Neeb, PD Neuwied/Altenkirchen, Juli 02
- Jürgen Pfeiffer, PD Worms, Juli 02
- Volker Söhnlen, PD Worms, Juli 02
- Heinz Meyer, Westerw./Rhein-Lahn, Juli 02
- Gerd Schneider, Südpfalz, Aug. 02
- Dieter Hipp, PP/PD Koblenz, Aug. 02
- Siegfried Freisberg, Vorderpfalz, Aug. 02
- Wolfgang Weins, PP/PD Mainz, Aug. 02
- Walter Wiehn, PD Kaiserslautern, Aug. 02
- Gerd Müller, Rhein-Nahe, Sept. 02